

## **Bericht aus Straßburg**

### **Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

das politische neue Jahr begann für mich mit einer eindrucklichen Erfahrung. Als Teil einer sechsköpfigen Delegation des Europäischen Parlaments war ich vom 9. bis 17. Januar 2011 auf Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union (EU EOM) im Sudan. Dort waren knapp 4 Millionen Wähler aufgerufen, über die Unabhängigkeit des Südsudan abzustimmen. Nach einer Woche der Volksabstimmung zeichnete sich eine überwältigende Mehrheit für die Loslösung des christlichen Südens vom arabisch-islamischen Norden ab. Das Ergebnis des Referendums bietet den Menschen im Süden des Sudan die Chance, die Geschicke ihrer Heimat endlich in die eigene Hand zu nehmen und den über zwanzig Jahre währenden Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd zu beenden, der die unvorstellbare Zahl von zwei Millionen Menschenleben gekostet hat.



Joachim Zeller MdEP

Ab 9. Juli dürfte der Südsudan damit ein eigenständiges Land werden. Bisherige Äußerungen des sudanesischen Staatschefs Omar al Baschir stimmen zuversichtlich, dass der Norden das Ergebnis der freien Wahlen im Süden akzeptiert. Nun müssen sich die Vertreter beider Landesteile an einen Tisch setzen, um eine friedliche Lösung der noch ungeklärten Fragen der Unabhängigkeit zu besprechen. Dazu gehören vor allem die genaue Grenzziehung und die damit verbundenen Rechte auf die Bodenschätze. Zwei Drittel der Ölquellen des Landes liegen auf dem Gebiet des Südens. Ich werde auch weiterhin das Schicksal dieses von Krieg und Vertreibung so schwer gebeutelten Landes verfolgen und mich mit aller Kraft für dessen Belange einsetzen. Nach zehn Tagen vor Ort bin ich allerdings voller Hoffnung, dass dieses Land nun endlich eine Chance auf eine freie und friedliche Zukunft hat.

Nun möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, in diesem ersten Newsletter 2011 auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Dieses war vor allem von den Folgen der Finanzkrise und den hieraus entstehenden Problemen geprägt, allen voran die Verschuldungssituation in den Mitgliedsstaaten. So wurde es, ausgelöst durch Griechenland, notwendig, einen bis dato in der Höhe noch nie dagewesenen Rettungsschirm zur Sicherung unserer gemeinsamen Währung zu spannen, dessen Schutz mittlerweile auch Irland in Anspruch genommen hat.

Als Folge dieser Entwicklung sind in Europa erste Schritte in die richtige Richtung unternommen worden, in dem die europäische Finanzaufsicht auf gebaut und die Aufsichtsbefugnisse gestärkt wurden. Dies wird – neben der Konsolidierung der Mitgliedshaushalte – auch im kommenden Jahr einer der vordringlichsten Aufgaben sein.

Daneben gab es natürlich eine Vielzahl weiterer Themen, die auf EU-Ebene zu bewältigen waren. Einen kleinen Überblick hierüber sowie über meine Arbeit der zurückliegenden Monate finden Sie in den nachfolgenden Seiten.

Mit europäischen Grüßen aus Straßburg,

Ihr  
Joachim Zeller

## Meine Arbeit in den Ausschüssen

Für die EVP-Fraktion bin ich ordentliches Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI). Im Jahr 2010 war vor allem die Verabschiedung der „Ostseestrategie“ ein zentraler Bestandteil der Ausschussarbeit. Mit dieser Strategie wird die Kooperation der Anrainerstaaten der Ostsee gefördert. Im Fokus liegen neben der wirtschaftlichen Entwicklung eine gesicherte Energieversorgung, der gemeinsame Ausbau der Infrastruktur sowie die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Vor allem gerät angesichts der zunehmenden Verschmutzung der Ostsee auch der Umweltschutz in den Blickpunkt. Weiterhin werden Forschung und Innovation gerade in kleinen und mittleren Unternehmen grenzüberschreitend gefördert und Hindernisse für den Binnenmarkt abgebaut. Aus diesen Kooperationen werden sich große Chancen für viele unserer innovativen Berliner Unternehmen ergeben.

So sinnvoll die Ostseestrategie für die zukünftige Entwicklung dieser Region ist, so wenig darf es zu einer Inflation der Strategien kommen. Dies zeigte sich beispielhaft im September, als die Europäische Kommission eine Strategie zur „wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Bergregionen, Inseln und dünn besiedelten Gebieten“ vorstellte. In der Plenardebatte merkte ich an, dass diese Gebiete im Rahmen der Regional- und Kohäsionspolitik bereits ausreichend berücksichtigt sind. Eine zusätzliche Strategie führt hier nur dazu, dass wir zunehmend den Überblick verlieren und dabei den Grundsatz der Subsidiarität ignorieren. Eine gewisse Skepsis ist auch bei der Strategie „Europa 2020“ angebracht, die etwa mit einheitlich festgelegten Quoten zur Zahl der Schul- und Studienabbrecher das Subsidiaritätsprinzip missachtet. Die EU-Kommission hat hier zentrale Vorgaben gemacht, für deren Umsetzung jedoch andere, die Mitgliedsstaaten und regionalen Gebietskörperschaften, zuständig sind. Von oben aufgezwungene Pläne werden erfahrungsgemäß kaum funktionieren.

In meiner zukünftigen Arbeit werde ich mich vor allem dafür einsetzen, dass die Stadtpolitik als ein wesentlicher Bestandteil der Kohäsionspolitik weiter ausgebaut wird. 80 % der Europäer leben in Städten. Diese sind zum einen die Zentren von Forschung und Innovation, zum anderen aber auch Schauplatz zunehmender sozialer Probleme. Hier müssen lokale und regionale Behörden noch stärker als bislang in die Kooperation mit den europäischen Förderinstitutionen eingebunden werden.

Dem Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) gehöre ich als stellvertretendes Mitglied an. Im Jahr 2010 haben wir schwerpunktmäßig die Fahrgastrechte bei Busreisen und in der See- und Binnenschifffahrt verbessern können. Von großer Bedeutung ist auch eine neue Richtlinie für die Zivilluftfahrt, mit der wir die Flugsicherheit und die Rechte der Opfer bei Flugunfällen gestärkt haben. Bei der Einführung von Körperscannern an den EU-Flughäfen haben wir den Schutz von Gesundheit und Privatsphäre der Reisenden sichergestellt.

Im Juli 2010 wurde der „Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013“ (SURE) gegründet, in dem ich als stellvertretendes Mitglied für die EVP-Fraktion wirke. Die Laufzeit des Ausschusses ist auf ein Jahr hin ausgelegt. Es geht darum, die Prioritäten für den mehrjährigen Finanzrahmen in der Zeit nach 2013 festzulegen. In den ersten Monaten des neuen Jahres werden uns vor allem die Laufzeit und der Aufbau des Finanzrahmens beschäftigen.

## Zusammenarbeit mit Osteuropa und Zentralasien

Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Osteuropa und Zentralasien ermöglichte es den dortigen Ländern, den Weg zu einem westlichen, demokratischen System einzuschlagen, auf welchem sich allerdings noch viele Hindernisse befinden. Als europäische Parlamentarier können wir einen kleinen Beitrag dazu leisten, die demokratischen Elemente auf diesem Weg zu unterstützen.

In meiner Eigenschaft als stellvertretendes Mitglied in der Delegation für Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und die Mongolei habe ich im Jahr 2010 als Wahlbeobachter in Tadschikistan und Kirgisistan

gewirkt. Während die Wahlen in Tadschikistan im März einen zwiespältigen Eindruck hinterließen, können die Parlamentswahlen in Kirgisistan vom 10. Oktober als die ersten wirklich freien Wahlen in Zentralasien gesehen werden. Gerade nach den tragischen Ausschreitungen im Juni ist dies eine besonders herausragende Leistung. Nun ist es höchste Zeit, dass die europäischen Institutionen ihre Zusammenarbeit mit Kirgisistan vertiefen und die politischen Reformen unterstützen. Der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien stand auch im Zentrum der Beratungen des Partnerschafts- und Kooperationsausschusses EU-Usbekistan, der vom 26. bis 28. Oktober in der usbekischen Hauptstadt Taschkent tagte. Usbekistan spielt angesichts der komplizierten geopolitischen Lage in Zentralasien eine wichtige Rolle als regionaler Stabilitätsfaktor. Neben der Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung liegt ein großes Potential für eine engere Kooperation zwischen dem Land und der EU in den Bereichen Energie, Umwelt, Transport und Tourismus.

Als Mitglied der parlamentarischen Delegation für Russland nahm ich im Mai in Perm an Konsultationen mit russischen Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft teil. Im Mittelpunkt dieser Gespräche stand insbesondere die Situation der Menschenrechte. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche haben dazu geführt, dass sich die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Russland in einer schwierigen Phase befindet. So ist es wichtig, die Thematik durch solche konstruktiven und offenen Konsultationen immer wieder aufzugreifen. Die demokratische Transformation in den osteuropäischen Staaten war auch das Thema einer Podiumsdiskussion, an der ich im September im Rahmen der Sommeruniversität des „European Ideas Network“ in Budapest teilgenommen habe. Schließlich war mir mit Blick auf eine Verständigung zwischen den ehemals geteilten Blöcken auch die Teilnahme an der 10. Europa-Kirchen-Konferenz im September in Krakau ein wichtiges Anliegen. Schwerpunktmäßig ging es um den Beitrag, den Christen in Zukunft für die europäische Einigung leisten können. Auf der Konferenz wurde ein weiteres Mal deutlich, wie grundlegend und verbindend christliche Traditionen und Werte für die europäische Identität und Zusammenarbeit sind.

## Zwanzig Jahre Mauerfall und deutsche Einheit

Für einen Berliner, der die deutsche Teilung besonders nah erlebt hat, sind die Jahrestage des Mauerfalls und der deutschen Einheit herausragende Erinnerungsdaten. Hier gilt es nicht allein die deutsche, sondern gerade auch die europäische Dimension dieser Ereignisse im Blick zu behalten. Dass nun im Europäischen Parlament Abgeordnete von beiden Seiten des gefallenen eisernen Vorhangs sitzen und die Idee der europäischen Einigung weitertragen, war in den Jahrzehnten vor der Öffnung kaum zu träumen gewesen. So muss sich der Blick auch auf die längere Vorgeschichte richten, die schließlich zum Fall der Berliner Mauer führte. Zehn Jahre bevor Deutschland glücklich wiedervereinigt werden konnte, wurde in Polen mit der Solidarność eine unabhängige Gewerkschaft gegründet. Am 1. September 2010 erinnerten wir im Europäischen Parlament an das Ereignis. Es war ein guter Anlass, unsere Dankbarkeit für diese mutige Freiheitsbewegung zu zeigen.

Bereits im November 2009 hatte das Präsidium der EVP-Fraktion mit einer Sitzung in Berlin an den 20. Jahrestag der Mauerfalls erinnert. Neben uns Parlamentariern saß mit Freya Klier auch eine Bürgerrechtlerin auf dem Podium, die die Unterdrückungsmaßnahmen des SED-Regimes selber erfahren musste. Bei aller Freude über die Überwindung der Teilung bleibt es unabdingbar, sich auch der Opfer und der Leiden zu erinnern, die der Widerstand gegen die Diktatur mit sich brachte. Auf meinen Vorschlag hin ehrte die EVP-Fraktion anlässlich des 3. Oktober den Schriftsteller Reiner Kunze mit der Robert-Schuman-Medaille. Reiner Kunze war in der DDR vielfach mit dem SED-Regime in Konflikt geraten, als er unter anderem 1968 gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in Prag protestierte. Daraufhin war er Opfer gezielter Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit geworden und stellte im Jahr 1976 schließlich einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik. Mit seinem entschiedenen Eintreten für Freiheit und Demokratie verkörpern er wie die anderen Dissidenten und Bürgerrechtler die Werte, auf denen unsere europäische Staatengemeinschaft gründet. Durch das öffentliche Auftreten gegen das Unrecht der SED-Diktatur leisteten sie ihren Beitrag dazu, dass mit dem Fall der Mauer die Wiedervereinigung Deutschlands ebenso wie die Wiedervereinigung Europas möglich wurden.

## Stasi-Verbrechen nicht vergessen - Vergangenheitscheck für EU-Beamte

Wie wichtig die Aufarbeitung der Vergangenheit ist, zeigt sich nicht nur an den jeweiligen Gedenktagen. Am 2. Februar 2011 habe ich auf einem Podium im Verbindungsbüro Sachsens in Brüssel mit Prof. Manfred Wilke, Soziologe und Projektleiter beim Institut für Zeitgeschichte, und Stefan Wolle, wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums Berlin und Projektleiter beim Forschungsverbund SED-Staat über das Thema „Schild und Schwert der Partei“ diskutiert. Mit diesen Worten formulierten die Staatssicherheitsdienste in der DDR und den anderen kommunistischen Staaten ihr Selbstverständnis. Zum Feind wurde jeder, der anders dachte.

Um so erschreckender ist es zu sehen, dass viele ehemalige Mitarbeiter kommunistischer Geheimdienste noch heute auf verantwortungsvollen Posten sitzen. Wie etwa die jüngsten Ergebnisse einer Untersuchung der bulgarischen Regierung zeigen, bekleiden viele frühere Geheimdienstler heute Spitzenpositionen im bulgarischen diplomatischen Dienst.

So ist es dringend erforderlich, dass ein Geheimdienstcheck für EU-Beamte eingeführt wird, wie ich es gemeinsam mit meiner Kollegin Inge Gräßle angemahnt habe. Insbesondere beim Aufbau des neuen Außenamtes darf die Vergangenheit seiner Mitarbeiter nicht einfach ignoriert werden.

## Europa im Jahr 2011

Der Schwerpunkt der Arbeit der Kommission und des Parlaments wird 2011 auf der weiteren Konjunkturbelebung liegen. Dabei soll die EU-Strategie „Europa 2020“ als Gerüst für alle Mitgliedsstaaten für ein nachhaltiges und intelligentes Wachstum verankert werden.

Zusammenfassend lassen sich die anstehenden Aufgaben in fünf große Themenblöcke teilen, welche Präsident Barroso in seiner ersten Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament wie folgt benannt hat:

An erster Stelle steht die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Stärkung des beginnenden Aufschwungs. Hierzu sollen u. a. die Bemühungen um eine Reform des Finanzsektors abgeschlossen werden. Zudem soll der Verbraucherschutz im Bereich der Finanzdienstleistungen gestärkt und eine Verordnung über Ratingagenturen auf den Weg gebracht werden.

Als zweites ist die Schaffung von Arbeitsplätzen zu nennen. Dafür werden 2011 eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht. So soll die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen gestärkt und die Entsendung von Arbeitnehmern erleichtert werden. Ein Schwerpunkt wird dabei im Erschließen des Wachstumspotenzials des Binnenmarktes liegen. Hierzu wird beispielsweise eine Binnenmarktinitiative auf den Weg gebracht und die Vergabevorschriften im öffentlichen Sektor reformiert.

Eine weitere Aufgabe wird in der Fortsetzung der „Agenda Bürgernähe“ bestehen. Danach soll die Unionsbürgerschaft künftig kein leeres Wort mehr sein. Hierzu soll beispielsweise ein Referenzrahmen für ein europäisches Vertragsrecht erarbeitet werden. Im Bereich des Strafrechts soll eine Richtlinie zum Opferschutz verfasst und ein verfahrensrechtlicher Mindeststandard für Strafverfahren festgelegt werden.

Der vierte Punkt ist eine Verstärkung der Präsenz Europas auf internationaler Ebene. Hierzu soll der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) aufgebaut werden, der die Mitgliedsstaaten mit einer Stimme vertreten soll. Weitere Aspekte sind EU-Entwicklungshilfe für die Bedürftigsten sowie die europäische Nachbarschaftspolitik.

Abschließend ist noch die Modernisierung der EU-Politik zu nennen. So soll ein moderner Haushalt für die EU geschaffen und die Verfahren zur Rechtssetzung verbessert werden.

---

**Bericht aus Straßburg | Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP | Ausgabe: Februar 2011**

Herausgeber: Joachim Zeller MdEP

Kontakt (Brüssel): EP-Brüssel, ASP 15 E 258, Rue Wiertz 60, B - 1047 Brüssel, Tel. 00 32 22 / 84 59 10

Kontakt (Berlin): Büro beim Deutschen Bundestag, Wilhelmstraße 60, 11011 Berlin, Tel. 030 / 22 77 10 00